Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 38 (1948)

Heft: 2

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 29.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

POLITISCHE BUNDSCHAU

Erste Anzeichen eines Konjunktur-Umschwunges?

-an- Der Bundesrat plant ein «Stillhalteabkommen», dem alle in Frage kommenden Wirtschaftsverbände beitreten müssen, soll es die gewollte Wirkung erzielen: Stabilisierung der Preise und Löhne auf der heutigen Höhe. Interessant sind die Ausnahmen, die man in Rechnung stellen will. Dort, wo Lohnerhöhungen möglich sind, ohne dass man damit auch Preiserhöhungen in Kauf nehmen muss, sollen sie erlaubt sein. Ferner sind dort, wo die Reallöhne von 1939 offenkundig noch nicht erreicht wurden, Aenderungen im Sinne einer Anpassung an den «Realstand» geduldet. Und wenn damit auch eine Preiserhöhung notwendig würde, wäre sie erlaubt. Schliesslich gilt auch, dass zurückgebliebene Löhne und Preise in einzelnen Branchen bis «aufs Niveau» steigen dürfen. Aber «allgemein», also in den allermeisten Zweigen der Produktion, würde man sich auf das momentan Erreichte beschränken und versprechen, nichts zu ändern und keine Aenderung mehr zu verlangen. Und zwar bis in den Oktober 1948. Alsdann würde man wohl ein Mehreres wissen und entscheiden können, wo und in welchem Umfang Revisionen geboten seien.

Es wird interessant sein, Ende Januar zu wissen, wie sich die einzelnen Wirtschaftsverbände zum Projekt des Bundesrates geäussert haben. Der Gewerkschaftsbund tagt übrigens erst Ende des Monats und Anfang Februar. Wahrscheinlich will man abwarten, was Gewerbe, Industrie, Landwirtschaft und — die Bankwelt zur Sache sagen und will so etwas wie das letzte Wort haben. Einhellig werden die Meinungen kaum sein, und sollte man sich auf eine Diskussion einstellen, die sich allzusehr in Einzelheiten verlöre, dann würde das höchst Notwendige, die Stabilisierung, weiterhin dem Zufall preisgegeben sein.

Uebrigens: Dieser Zufall kann sich durchaus im Sinne der bundesrätlichen Absicht einstellen. Es mehren sich nämlich heute die Anzeichen, welche erstmals von einer Verlangsamung der internationalen «Preisjagd» sprechen. Die Angst in den USA., einer weiteren Steigerung der Inlandpreise zu verfallen und mit einer regelrechten Inflation rechnen zu müssen, dauert zwar an. Aber schon machen sich die Folgen bemerkbar, welche der britische und französische Importstopp voraussehen liessen: Washington rechnet damit, dass England nun doch in absehbarer Zeit seine Handelsbilanz ausbalancieren, d. h. von den USA. nicht mehr verlangen werde, als es selber liefere. Gehen in Frankreich die grossen deflatorischen Pläne der Regierung Schuman «Vermögensabgabe» — durch, dann setzt auch in diesem Lande der Preisstopp ein, und das Land wird nicht mehr das Vakuum sein, das auf internationalem Boden Waren ansaugt und Preise verteuert. Das muss Rückwirkungen auch auf die Preisgestaltung bei uns ausüben. Man achte übrigens auf die Neujahreshausse in ausländischen Werten, die an unsern Börsen in Erscheinung trat. Nimmt man bereits an, dass Geldanlagen in fremden Werten solchen in heimischen vorzuziehen seien? Dann käme der Bundesrat gerade noch zur Zeit mit seinem Projekt!

Von Burma bis Bukarest

Die burmesischen Astrologen haben den 4. Januar als den «Tag der besten Sterne» für die Unabhängigkeit ihres Landes erklärt, und demgemäss wurde auch in Rangoon auf dieses «günstige Datum» die Uebergabe der und militärischen Gewalt an die Regierung festgesetzt. einheimische Der «Union Yack» verschwand von den offiziellen Gebäuden, die Fahne des unabhängigen Staates, der in eine neue geschichtliche Epoche eintritt, wurde hochgezogen, und damit alles in die richtige Beleuchtung trete, traf auch aus Washington die Glückwunschdepesche Präsident Trumans ein. Burma wird in der Reihe der «Vereinten Nationen» begrüsst. Seine offizielle Unabhängigkeit wird von keiner Macht der Welt mehr bezweifelt. Und wer sie bezweifeln sollte, hat mit der Meinung Amerikas zu rechnen. Denn in den USA weiss man, was man unter unabhängigen Nationen zu verstehen hat und auch zu verstehen gewillt ist: Nationen, mit welchen man Handel treiben, in welchen man Kapital ertragbringend anlegen, und mit welchen man Verträge abschliessen kann, zu deren Schutz Amerikas Flotte und Luftwaffe da sein wird. Moskau legt es in seinem kommunistischen schärfer aus: Katechismus Staaten im Sinne New Yorks und Washingtons sind solche Staaten, die sich vom amerikanischen Wirtschafts - Imperialismus «versklaven» lassen.

Man könnte, um die russische These zu entkräften, das Beipsiel Italien heranziehen: Bisher hat das besiegte Land nicht nur keinerlei Kriegsentschädigungen an die USA bezahlt, sondern im Gegenteil fast zwei Milliarden Dollars empfangen. Von diesen zwei Milliarden sind nicht 20% «angelegte Kapitalien» in Form von Krediten, die dem Staate vorgeschossen wurden. Fast 80 % sind faktisch Geschenke zum Zwecke eines beschleunigten Wiederaufbaus. Natürlich sind die Millionen erst richtig ins Land geflossen, als de Gaspari ohne Kommunisten und Nenni-Sozialisten zu regieren anfing. Und dass Italin sich anstrengen musste, die Lira zu stabilisieren, war ebenfalls Vorbedingung für die Kredithilfe. Wenn heute der Kurs der italienischen Valuta zu sinken aufhört, wenn der Notenumlauf stabil zu bleiben scheint, wenn die ersten Anzeichen einer Preissenkung am Horizont erscheinen, das Volk auf ein billigeres Leben zu hoffen beginnt, dürften jene Optimisten recht bekommen, welche schon behaupten, Italien werde das erste «normalisierte Land» des Westens werden. Voraussetzung für eine weitere Gesundung bleibt allerdings, dass bei den Märzwahlen nicht eine neue Streikaktion losbricht. Aber am Ende hat die «Kom-Inform» begriffen, dass die Arbeiter Italiens keine neuen Massenstreiks durchführen, sobald sie Hoffnung auf Besserung verspüren. Und es werden die

Pläne, im Trüben eines Generalstreiks nach politischen Forellen zu fischen, zurückgestellt

Moskau und die Kommunisten sind sich natürlich im klaren, warum Italien so ausgiebig geholfen wurde. Ausserhalb des Balkans war kein anderer Staat Europas von der kommunistischen Hochflut so sehr bedroht Denn nirgendwo lagen Wirtschaft und Finanzen so darnieder. Und nirgends lag für die linksextreme Führung die Möglichkeit näher, bei einem radikalen Umsturz die Oberhand zu gewinnen. Wenn heute Togliatti sich mit der Rolle eines immer noch starken, aber doch in die zweite politische Machtlinie gedrängten Oppositionsführers zufrieden geben muss, so bedeutet dies den Sieg der bürgerlich-westlichen Ideologie über die integrale östliche «Volksdemokratie». Nach den Worten Attlees, des britischen Premiers, gehört Italien heute in die Reihe der Staaten, welche eine Synthese zwischen Planwirtschaft und individueller Freiheit, zwischen Sozialismus und Demokratie zu suchen haben. Und das Land ist bewahrt worden vor der Gefahr, die Attlee vor sich sieht: Dass ohne politische Freiheit der Kollektivismus schnell zu einem neuen System der Unterdrückung und Ungerechtigkeit entartet. «Die Geschichte der Sowjet-Union beweist es . . .» sagt Attlee und nennt das Kind mit dem zutreffenden Namen.

König Michael von Rumänien,

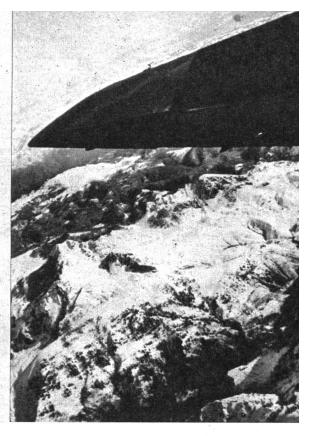
der in seinem Lande das Hindernis auf dem Wege zum «Kollektivismus ohne politische Freiheit» gewesen, wird vielleicht drüben in Amerika erzählen, wie weit sein Land schon auf dem Wege vorgeschrieben sei, den Italien vermied, und vor dem Attlee warnt. Er ist zur Abdankung gezwungen worden, man hat ihm und der Königin-Mutter Helena Ausreise und Heimkehr erlaubt und sowohl dem Ex-König wie seinem Gefolge rumänische Reisepässe ausgestellt. Aber der Sonderzug musste befehlsgemäss mit verhängten Fenstern wegfahren und auf einen Speisewagen verzichten. Geld bekam Michael keines mit, seine rumänischen Besitztümer bleiben im Lande und verfallen, wie der übrige Grossgrundbesitz, der Verteilung unter die armen Bauern. Es war ein gänzlich klangloser Abschied, den der Hohenzoller am 4. März, dem sogenannten Glückstag Burmas, nahm. War es am Ende auch für ihn ein Glückstag? Es sah nicht danach aus. In Wien wagte sich das Gesandt schaftspersonal nicht an den Zug, aus puret Furcht, in Bukarest denunziert zu werden; man liess sich durch einen Diener vertreten. Aus diesem einen Umstande mag man ermessen, in welcher Atmosphäre sich die Abdankungskomödie, die in Wahrheit eine brüske Absetzung war, abspielte.

Es ist müssig, zu vermuten, die Heiratsabsichen Michaels hätten die Entwicklung beschleunigt. Dass er nach London reiste, bei den dortigen Feiern dabei war, dass er her nach bei der Regierung zu Hause um Erlaubnis nachfragte, die Prinzessin von Bourbon-Parma heiraten zu dürfen... diese Dingespielen gewiss in die Affäre hinein. Nur nicht in dem Sinne, dass sie Ursache seiner Ab



Im Hafen von Neapel ist das erste amerikanische Freundschaftsschiff mit Lebensmitteln eingetroffen, die von der Bevölkerung der Vereinigten Staaten anlässlich der Freundschaftszug-Kampagne gestiftet worden sind. - Unser Bild (v. l. n. r.): der amerikanische Journalist Drew Pearson, der Initiant der originellen Hilfsaktion, USA-Botschafter Dunn und der Bürgermeister von Neapel, beim Empfang des ersten Freundschaftsschiffes in Neapel. (Photopress.)

Die kommunistische Partisanenarmee «General Markos», welche
gegenwärtig in heftige Kämpfe
um das nordgriechische Städtchen Konitza verstrickt ist, hat
ihre Versorgungsbasen und
«Dienste hinter der Front» in Albanien. Unsere Flugaufnahme
zeigt das Kampfgelände an der
griechisch-albanischen Grenze. Es
ist eine wilde Gebirgslandschaft
mit tiefen Schluchten, für grössere Kampfhandlungen und Säuberungsoperationen gleicherweise
wenig geeignet. (Photopress.)



setzung wurden. Sie waren nur der willkommene Anlass für die kommunistische Führung, zu handeln. Man stelle sich vor: In einem Lande, welches mit vollen Segeln auf die totale «Volksdemokratie» zusteuert, gibt es einen König, der sich nicht scheut, bei den hochfeudalen Anlässen in London mitzumachen, und der seine Absicht kundtut, eine «Königin» heimzubringen, die man a priori zur Crême der antikommunistischen Verschwörung zählen muss! Nach Ansicht der heute siegreichen Führer einer proletarischen Diktatur hätte Michael etwas ganz anderes tun müssen, um in Rumänien als unverdächtiger Bürger bleiben zu können: Von sich aus abdanken, seinen Adelstitel ablegen, den Overall überziehen, sich als technischer «Spez» vervollkommnen... Und wer weiss, die republikanische Karriere wäre ihm offengestanden... Aber ohne die schöne Prinzessin Bourbon-Parma . . .!

Nun, Moskau hat den König nicht umbringen lassen, wie es die Zarenfamilie umbrachte. Es hat den seinerzeit ausgestellten Scheck für geleistete Verdienste solange respektiert, als seine Zwecke nicht die Weiterführung der Revolution im Lande verlangten. Michael hat Antonescu gestürzt und mit den Deutschen gebrochen. Dafür bekam er zwei Jahre Gnadenfrist. Von heute an würde man ihn, ob Monarch oder Bürger, zur «fünften Kolonne des Westens» zählen, zu dessen Traditionen er sich durch eindeutiges Verhalten bekannte. Er musste also gehen, so oder so. Und vielleicht hören wir demnächst im Moskauer Radio, es habe sich ein «Fascist» ins schweizerische «Fascistenparadies» begeben. Und das, obwohl Michael von Moskau einen gewaltigen Orden und die Qualifikation als Antifascist erhalten hatte.

Kommt der Balkanbund zustande?

Es sind seit Michaels Abdankung Stimmen laut geworden, die Umwandlung Rumäniens in eine «Volksrepublik» habe ausser der innen-

politischen eine weitere, inter-balkanische Bedeutung. Moskau plane die Organisation der Donau-Balkanstaaten in der Form einer Union, welche von den Karpaten bis zur Adria und womöglich zur Aegäis reichen solle. Jugoslavien-Bulgarien, die heute schon eng verbündet sind, dann Albanien, Rumänien und Ungarn, und, falls der Umschwung glücken sollte, auch Griechenland, würden diese Union bilden. Selbstverständlich wäre die Anlehnung des neuen Machtgebildes an Sowjetrussland.

Wer sich einige Jahrzehnte zurückerinnert, weiss, dass eine Lösung der höchst verwickelten balkanischen Interessen-Gegensätze gerade im Sinne einer solchen Union von besten Köpfen in Serbien oder auch anderswo geträumt wurde. Das Haupthindernis einer solchen Lösung sah man im alten Oesterreich-Ungarn. Aber als Ungarn zerschlagen und Oesterreich die slavischen Gebiete amputiert wurden, tobten die alten Macht- und Parteikämpfe zwischen den Einzelstaaten weiter, und im Innern jedes einzelnen gab es ebensowenig Frieden. Heute sieht es, falls man nur die äussere Form betrachtet, so aus, als ob sich die alten Träume erfüllen sollten. Nur hat diese äussere Form den fundamentalen Fehler, dass die Union sich genau wie jede frühere Entwicklung unter dem Schatten fremder Mächte formt. Neun Zehntel der Ländermasse stehen unter russischer, der kleine griechische Rest unter amerikanischer Kontrolle. Mithin hat sich herzwenig geändert.

Die Regierung Markos hat ihre erste Offensive gegen die griechische Regierung in Athen gestartet. In einer mehrtägigen Schlacht um die Grenzstadt Konitza wurde der «rote Angriff» zurückgeschlagen. Konitza erhielt einen Orden und eine Ehrenmeldung. Es ist also vorderhand nichts mit der «Erhebung des hellenischen Volkes gegen die imperialistische Fremdherrschaft», von welcher der bulgarische Diktator Dimitrow in einer Neujahrsbotschaft sprach. Indessen gehen die

Rüstungen auf beiden Seiten weiter, und ein neuer «Fall Spanien» scheint sich entwickeln zu wollen. Mit der Anerkennung des neuen Regierungschefs Markos durch die Regierungen der slavischen Nachbarn oder durch Moskau eilt es anscheinend nicht. Erst wenn er festen Fuss fassen und eine Hauptstadt sein eigen nennen würde, wäre es wohl Zeit zu solchen Schritten und zur Entfesselung des internationalen Aufruhrs, den sie hervorrufen müssten. Vielleicht wollte man nach Programm der Kominform, deren Arbeit man im griechischen wie im rumänischen Zwischenspiel deutlich erkennt, zunächst den Umschwung in Bukarest inszenieren. Und vielleicht hofft man, durch die Bildung einer gewaltigen, alle Donau- und Balkanstaaten umfassenden Föderation in Griechenland den bisher fehlenden moralischen Eindruck zu machen.

Im übrigen ist es klug, sich von den Theatercoups, den bisherigen und den kommenden, nicht zu sehr überraschen zu lassen. Und immer wieder ist zu sagen, dass sowohl Russland als die USA «global» denken und von dem, was im Balkan-Sektor geschieht, nicht so ausschliesslich wie wir europäischen Nachbarn gefesselt werden. Es sind z. B. in China gerade in den letzten Tagen einige wichtige Dinge passiert, welche in ihren Dimensionen die Schlacht von Konitza weit in den Schatten stellen. Der Durchbruch der Truppen Tschiang Kai Schecks aus dem Belagerungsring von Mukden, und ein ähnlicher Erfolg bei der belagerten Hauptstadt Tschang-Tschun weisen auf bevorstehende schärfere Aktionen Nanking-Chinas hin. Uebrigens scheint man sich in Washington darauf zu besinnen, dass man Nanking energischer als bisher helfen müsse, und zwar im eigenen Interesse. Mag auch das Regime Tschiangs Amerikas Wirtschaftspläne aufs grausamste schädigen, ein rotes China würde die Katastrophe bedeuten, den Strich durch alle asiatischen Hoffnungen der USA sozusagen...

